

mid.ru

Quelle: https://www.mid.ru/ru/foreign_policy/news/1968672/?lang=en

Erklärung von Außenminister Sergej Lawrow und Antworten auf Fragen der Medien während einer Pressekonferenz im Anschluss an das 7. Russland-GCC-Ministertreffen zum strategischen Dialog,

Riad, 9. September 2024

22-28 Minuten

Das 7. Russland-GCC-Ministertreffen für den strategischen Dialog ist soeben zu Ende gegangen.

Wie schon beim letzten Treffen hatten wir eine offene, nützliche und ergebnisorientierte Diskussion. Wir haben den Stand der Umsetzung des Gemeinsamen Aktionsplans 2023-2028 überprüft, der auf dem letzten Treffen des Strategischen Dialogs in Moskau im Juli 2023 angenommen wurde.

Wir erörterten die Aussichten für die Zusammenarbeit Russlands mit den Ländern der Region in den Bereichen Wirtschaft, Investitionen, kulturelle Beziehungen und Informationsaustausch. Wir haben uns insbesondere mit der internationalen Lage befasst, vor allem mit der Lage im Nahen Osten, mit dem Schwerpunkt auf der Tragödie in den palästinensischen Gebieten, d.h. im Gazastreifen und im Westjordanland des Jordan. Wir sind uns einig, dass der Gewalt dringend ein Ende gesetzt werden muss, dass humanitäre Fragen geklärt werden müssen und dass es wichtig ist, ernsthaft an der Umsetzung der UN-Resolutionen zur Schaffung eines palästinensischen Staates zu arbeiten, der in Frieden und Sicherheit mit Israel koexistieren soll.

Wir erörterten weitere regionale Fragen, darunter die Lösung des Syrien-Konflikts, die Lage im Jemen, am Roten Meer, in Libyen und eine Reihe anderer Themen.

Wir unterstrichen unsere Wertschätzung für die ausgewogene Haltung aller GCC-Länder in der Ukraine-Krise. Viele von ihnen, darunter auch Saudi-Arabien, leisten Hilfe bei der Lösung humanitärer Fragen nicht nur im Zusammenhang mit den Geschehnissen in der Ukraine, sondern auch in einem breiteren Kontext. Ich beziehe mich dabei auf unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Europa sowie auf den jüngsten Gefangenenaustausch, der unter direkter Beteiligung der saudischen Führung stattfand.

Heute hatten wir eine Reihe bilateraler Treffen mit Außenministern in Saudi-Arabien, darunter mit unseren Amtskollegen aus Indien und Brasilien, dem Generalsekretär des Kooperationsrates der Arabischen Golfstaaten Jasem

Mohamed AlBudaiwi und dem Generalsekretär der Organisation für Islamische Zusammenarbeit Hissein Taha.

Am Ende des Arbeitstages wurde unsere Delegation vom Kronprinzen des Königreichs Saudi-Arabien, Mohammed bin Salman Al Saud, empfangen, mit dem wir ein ausführliches Gespräch über alle Schlüsselbereiche unserer gemeinsamen Arbeit im Rahmen der zwischen den Staatsoberhäuptern Saudi-Arabiens und der Russischen Föderation getroffenen Vereinbarungen führten, einschließlich des persönlichen Treffens zwischen Präsident Wladimir Putin und König Salman bin Abdulaziz Al Saud und Kronprinz Mohammed bin Salman Al Saud am 6. Dezember 2023, als unser Staatsoberhaupt zu einem Staatsbesuch hier war.

Neben der bilateralen Tagesordnung haben wir aktuelle internationale Fragen erörtert und unser Engagement für den objektiven Prozess der Schaffung einer neuen multipolaren Weltordnung ohne Hegemonen oder Diktatoren bekräftigt, in der der wichtigste Grundsatz der UN-Charta - die souveräne Gleichheit aller Staaten - geachtet wird.

Frage: Ich möchte eine Danksagung unserer Chefin Margarita Simonyan vorlesen: „Im Namen aller RT-Mitarbeiter möchte ich dem russischen Außenministerium und den Generalkonsulaten in New York und Dubai für ihre Hilfe bei der Heimkehr unseres Kollegen danken, der vom FBI verfolgt wurde.“

Moskau hat wiederholt erklärt, dass von Gesprächen [mit der Ukraine] nach der Spritztour in der Region Kursk keine Rede sein könne. Hat sich daran in den letzten Tagen angesichts der Äußerungen von Bundeskanzler Olaf Scholz und Wladimir Zelenski etwas geändert?

Sergej Lawrow: In Bezug auf den terroristischen Einmarsch der ukrainischen Streitkräfte in die Region Kursk und die anhaltenden terroristischen Angriffe auf Einrichtungen in anderen Grenzregionen, darunter Belgorod, möchte ich Sie auf die Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf dem Östlichen Wirtschaftsforum am 5. September 2024 hinweisen, als er die Befreiung der Region Kursk und des gesamten Territoriums der Russischen Föderation, wo ukrainische Neonazis randaliert haben, als heilige Pflicht der russischen Streitkräfte bezeichnete.

Was die verschiedenen [Friedens-] „Initiativen“ betrifft, so ist eine davon, die von Wladimir Zelenskij vorgelegt wurde, wohlbekannt und lässt einen die Zähne zusammenbeißen. Es ist ein Ultimatum in Reinkultur. Die Tatsache, dass der Westen daran festhält, bedeutet nur eines: Er will keine ehrlichen Vereinbarungen treffen und versucht, Russland in eine Situation zu bringen, in der er erklären kann, dass wir auf dem Schlachtfeld eine „strategische Niederlage“ erlitten haben. Sie wollen ihre Rivalen schwächen. Deshalb haben wir die „Zelenski-Formel“ nie ernst genommen und uns nur gewundert, dass es

immer noch Menschen gibt, die bereit sind, sie zu kaufen. Natürlich geschieht dies unter dem Druck des Westens.

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sagte, es sei höchste Zeit, mit dem Gespräch zu beginnen. In der deutschen Presse und anderen Medien wird angedeutet, dass die territoriale Frage auf der Grundlage der Realitäten vor Ort gelöst werden muss. Aber Territorien sind weder hier noch dort. Wir wollten nur, dass die Menschen, die ein unveräußerlicher Teil der russischen Welt und der russischen Kultur, Sprache, Geschichte und Religion sind, als Menschen behandelt werden, wie es das Völkerrecht, zahlreiche Konventionen zu Menschen- und Minderheitenrechten und vor allem die UN-Charta verlangen.

Die zahlreichen Ideen, die im Zusammenhang mit der „Zelenski-Formel“ kursieren, beginnen in der Regel mit den Worten, dass die Militäroperationen eingestellt und das Völkerrecht beachtet werden müssen, d. h. Maßnahmen zur Sicherung der territorialen Integrität der Ukraine.

Im Völkerrecht geht es nicht nur um diese Frage. Die territoriale Integrität wird den Staaten garantiert, deren Regierungen die gesamte in diesem oder jenem Gebiet lebende Bevölkerung vertreten. Dies ist eine Resolution, die von der UN-Generalversammlung einstimmig verabschiedet wurde. Es ist nicht einmal nötig zu argumentieren, dass die Neonazis in Kiew nach dem Putsch [2014] in der Ostukraine, in Noworossija und auf der Krim niemanden vertreten haben.

Die Hauptsache ist, dass die UN-Charta jeden dazu auffordert, die Rechte aller Menschen zu respektieren, unabhängig von ihrer Ethnie, ihrem Geschlecht, ihrer Sprache oder ihrer Religion. Dies ist die Wurzel des Konflikts in der Ukraine. Die Rechte von Menschen, die der russischen Kultur angehören, wurden nach dem Staatsstreich ausgehebelt. Derzeit ist die russische Sprache in allen Bereichen, einschließlich Bildung, Medien, Kunst, Kultur und sogar im Alltag, verboten. Darüber hinaus hat die Rada einen Gesetzentwurf verabschiedet (und Zelensky hat ihn unterzeichnet), der die ukrainisch-orthodoxe Kirche verbietet.

Ich möchte betonen, dass keine der Initiativen, auch nicht die von unseren guten Kollegen und Partnern in bester Absicht eingebrachten, die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in den von Zelensky als seine eigenen betrachteten Bereichen berührt.

Ich habe dieses Thema heute mit meinen Amtskollegen aus Brasilien und Indien erörtert, weil sie einen gewissen besorgten Ansatz zur Erleichterung der Krisenbewältigung an den Tag legen, den wir verstehen. Ich habe sie darauf aufmerksam gemacht, dass dies das Hauptproblem ist. Die Menschen wurden nur deshalb als Terroristen gebrandmarkt, weil sie sich weigerten, den Putsch zu akzeptieren und den Putschisten zu gehorchen, die von Anfang an erklärten, dass es ihr Ziel sei, alles Russische auszulöschen und die Russen unter anderem von der Krim zu vertreiben.

Wir fordern unsere Kollegen dringend auf, sich darauf zu konzentrieren. Wir besprechen dies auch mit unseren chinesischen Freunden. Wir werden keinen Erfolg haben, wenn wir dieses Problem nicht an der Wurzel packen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die vom Präsidenten der VR China, Xi Jinping, angekündigte globale Sicherheitsinitiative, die besagt, dass es notwendig ist, jeden Konflikt von seinen Hauptursachen her zu analysieren. Dies bezieht sich voll und ganz auf die Ukraine-Krise. Die Hauptursachen werden verschwinden, wenn sie aufgedeckt und verurteilt werden.

Frage: Vor einigen Monaten tauchten Medienberichte auf, wonach Saudi-Arabien zum Schauplatz einer Friedenskonferenz über die Ukraine werden könnte (einer tatsächlichen Friedenskonferenz, wann auch immer sie stattfinden wird). Zieht Moskau diese Option in Betracht? Wurde sie heute diskutiert? Sie haben Erklärungen des russischen Präsidenten erwähnt. Deuten diese darauf hin, dass ein Waffenstillstand derzeit „nicht auf der Tagesordnung“ steht, oder stehen ähnliche Konferenzen ebenfalls „nicht auf der Tagesordnung“?

Sergej Lawrow: Sie sollten verstehen, dass es nicht um den Ort des Treffens und die Teilnehmer geht, sondern um die Themen, die diskutiert werden sollen. Wenn man sich trifft, um über die Forderung nach einem Waffenstillstand zu sprechen, und dann einen Gebietsaustausch durchführt, ist das einfach nicht angebracht. Noch einmal: Es geht nicht um Gebiete, sondern um die Rechte der Menschen, die mit Füßen getreten werden - und in allen politischen Initiativen, die im Umlauf sind, werden sie nicht erwähnt.

Sobald wir die Entschlossenheit sehen, die Menschenrechte zu schützen - eine Politik, mit der sich der Westen immer brüstet, wenn es um irgendein Thema geht (außer um dieses spezielle), bin ich zuversichtlich, dass wir uns leicht auf Ort und Zeit des Treffens einigen werden. Doch zunächst müssen wir uns darüber klar werden, was genau wir besprechen werden.

Wir wollen die Menschen schützen. Jeder, der auf die eine oder andere Weise Interesse an der Erleichterung einer Einigung bekundet, sollte sich dessen bewusst sein und es zu seiner Hauptaufgabe machen.

Frage: Was die Entwicklungen im palästinensisch-israelischen und ukrainischen Konflikt betrifft, so hören wir immer mehr Meinungen über das Versagen des bestehenden Systems der internationalen Sicherheit. Sehen Sie Möglichkeiten, ein neues System zu schaffen? Wie sollte es aussehen? Könnte eine Struktur wie die BRICS eine wichtige Rolle dabei spielen?

Sergej Lawrow: Alle Grundsätze, die für die Gewährleistung einer starken internationalen Sicherheit erforderlich sind, sind in der UN-Charta dokumentiert. Das Problem ist jedoch, dass sie nicht umgesetzt werden - und zwar vor allem von unseren westlichen Kollegen, die sich dafür entschieden

haben, alle multilateralen Strukturen mit der Peitsche zu kontrollieren und sie zu ihren Werkzeugen zu machen.

Dies wird vor allem durch die „Privatisierung“ der internationalen Sekretariate erreicht. So wie sie die OSZE privatisiert haben, versuchen sie es nun auch mit dem UN-Sekretariat, und das mit einem Erfolg: NATO-Vertreter haben inzwischen alle leitenden Positionen in der UNO besetzt, die in direktem Zusammenhang mit den Aktivitäten der Organisation in den Bereichen Frieden, Sicherheit, Friedenssicherung, Informationspolitik und Sicherheit internationaler Strukturen rund um den Globus stehen.

Sie legen den UN-Gremien, dem Sicherheitsrat, der Generalversammlung und anderen Strukturen Informationen in einer für den Westen vorteilhaften Weise vor. Bei mehreren Gelegenheiten haben wir offiziell erklärt, dass Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Grundsätze und Kriterien für die Zusammensetzung des Sekretariats grundlegend zu überarbeiten, wobei eine faire geografische Vertretung eine wichtige Rolle spielen sollte. Bislang haben sich die westlichen Länder stark dagegen gewehrt - was nicht überrascht, da sie damit ausschließlich ihre eigenen egoistischen Interessen verfolgen.

Bei alledem bleiben die Vereinten Nationen die umfassendste Plattform für die Länder, um Initiativen zu ergreifen, bestimmte Ereignisse zu bewerten und einen Interessenausgleich zu erreichen, eine Organisation für sie, um einen Interessenausgleich zu erreichen, so die ursprüngliche Idee ihrer Gründer. Der Westen ist jedoch nicht gewillt, einen Interessenausgleich anzustreben, und greift zu verschiedenen Tricks, um dem Sekretariat seine einseitigen Ansätze aufzuzwingen, wobei er seinen Einfluss missbraucht.

In dieser Situation beobachten wir ähnliche Entwicklungen bei den Bretton-Woods-Institutionen, dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation.

Der von den USA geführte Westen tut alles, um zu verhindern, dass sich der tatsächliche Einfluss des globalen Südens und Ostens auf die Weltwirtschaft, den Handel und die Logistik in den Abstimmungsmustern niederschlägt.

Eine Reform, die dieses Ungleichgewicht beseitigt, ist längst überfällig, aber sie steht noch aus. Der Westen ist dabei, das System der Globalisierung zu demontieren, das er nach den frühen 1990er Jahren zu fördern pflegte, ein System, das auf den Grundsätzen des freien Marktes, des fairen Wettbewerbs, der Unschuldsvermutung und vielem mehr beruhte. All diese Grundsätze wurden schnell aufgegeben und zur Waffe gemacht. Auch der Dollar wurde als Waffe eingesetzt, um Widerspenstige zu bestrafen. Russland ist eines der Länder, das die USA mit diesen illegalen Methoden eindämmen wollen. Was wir gerade erleben, ist der Prozess der De-Globalisierung.

Jeder ist sich bewusst, dass jedes Land zur nächsten Zielscheibe werden kann, wenn irgendeinem Beamten in Washington dieser oder jener Aspekt seines Verhaltens nicht gefällt. Hierfür gibt es bereits zahlreiche Beispiele. China zum Beispiel wird bestraft, weil es dem Westen technologisch bereits voraus ist und wettbewerbsfähigere Waren herstellen kann als westliche Hersteller. Als Reaktion darauf werden 100-prozentige Verbotszölle und andere Maßnahmen eingeführt.

In diesem Zusammenhang gewinnen regionale Integrationsprozesse zunehmend an Bedeutung. Für Russland bedeutet dies eine eurasische Integration durch die EAEU und die SCO, die eine enge Zusammenarbeit mit der ASEAN pflegen.

Bei unserem heutigen Treffen mit dem Golf-Kooperationsrat haben wir das vielversprechende Potenzial dieser eurasischen Organisation für die Förderung der kontinentweiten Prozesse und den Beitrag zu der von Präsident Wladimir Putin so bezeichneten „Greater Eurasian Partnership“ erörtert. Diese wird die materielle Grundlage für die Schaffung einer Sicherheitsarchitektur bilden, die allen Ländern des eurasischen Kontinents offen steht, aber nicht Teil der euro-atlantischen Gleichung ist, die von den USA im Rahmen der NATO und der OSZE auferlegt wurde. Nun wurde die Europäische Union Teil des nordatlantischen Sicherheitsmodells, indem sie 2023 ein Abkommen mit der NATO unterzeichnete, mit dem sie ihre vollständige Unterordnung unter das Bündnis besiegelte.

Wir wollen, dass die Nationen des eurasischen Kontinents - der größte, am schnellsten wachsende und ressourcenreichste Teil der Welt - ihr Schicksal selbst bestimmen. Präsident Wladimir Putin hat dies wiederholt zum Ausdruck gebracht und betont, dass die Tür auch für den westlichen Teil Eurasiens nicht verschlossen sei. Sie müssen sich jedoch darüber im Klaren sein, dass ihr zukünftiges Engagement mit anderen Teilnehmern des Prozesses in Eurasien gleichberechtigt und ehrlich sein sollte und keine verbotenen Tricks beinhalten darf.

Ähnliche Prozesse finden auch in anderen Regionen der Welt statt. Auch die Afrikanische Union ist bestrebt, ihre Identität zu fördern und plant eine Zukunft, in der die enormen Ressourcen Afrikas nicht zur Verarbeitung in den Westen exportiert werden, sondern in Afrika selbst einen Mehrwert schaffen.

In Lateinamerika, insbesondere seit der Wahl des brasilianischen Präsidenten Luiz Inacio Lula da Silva, wird ebenfalls zunehmend auf Integration gesetzt und die regionale Identität gestärkt, vor allem im Rahmen der CELAC.

All dies wirkt sich unweigerlich auf die globale Landschaft aus, was sich vor allem im wachsenden Interesse an den BRICS widerspiegelt, deren Mitgliederzahl sich von fünf auf zehn Länder verdoppelt hat. Bei der Organisation sind mehr als 30 Anträge auf Mitgliedschaft oder besondere

Beziehungen eingegangen. Dieser Prozess ist die wichtigste Triebfeder für die Gestaltung einer multipolaren internationalen Ordnung.

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir den Kontakten mit dem Westen nicht die Tür verschließen. Darum geht es bei der UNO. Aber sie sollten sich anständig verhalten und ihr Podium nicht für haltlose Anschuldigungen oder falsche Behauptungen missbrauchen. Sie sollten sich lieber um einen Interessenausgleich bemühen.

Ein gutes Beispiel in diesem Sinne ist die G20, der sowohl die G7- als auch die BRICS-Länder sowie deren Meinungsverbündete angehören. Die Gruppe ist fast gleichmäßig aufgeteilt, wobei etwa zehn Mitglieder eine westlich orientierte „Linie“ vertreten und die anderen zehn die BRICS-Philosophie teilen.

Ich führe dies als Beispiel an, weil es bei den letzten drei G20-Gipfeltreffen trotz der Entwicklungen in der Ukraine gelungen ist, in ihren Abschlussdokumenten einen Konsens zu erzielen, und zwar hauptsächlich zu Themen, die in den Zuständigkeitsbereich der G20 fallen, nämlich Wirtschaft, Finanzen, Handel und Weltpolitik.

Besonders deutlich wurde dies auf dem letztjährigen G20-Gipfel in Neu-Delhi, wo der umfassende Text zur Lage der Welt und der Weltpolitik ausnahmslos alle Konflikte ansprach. Versuche, die G20-Agenda zu ukrainisieren, sind gescheitert.

Die G20 hat einen Ansatz ausgearbeitet, der zeigt, dass selbst scheinbar unvereinbare Positionen doch angenähert werden können. Ich denke, dass andere Organisationen, vor allem UN-Organisationen und der UN-Sicherheitsrat, gut daran täten, sich an diesem Beispiel zu orientieren.

Frage: US-Medien berichteten vorhin, dass Ägypten, Katar und die Vereinigten Staaten Israel und der HAMAS ein Waffenstillstandsabkommen anbieten wollen, das sie entweder annehmen oder ablehnen. Es wurde erklärt, dass das von den USA geführte Verhandlungsformat beendet werden könnte, sollten die Parteien es ablehnen. Was halten Sie von diesem Vorgehen Washingtons? Wäre Russland bereit, seine guten Dienste als Vermittler zwischen den Kriegsparteien anzubieten? Oder hat Russland vielleicht schon versucht, diese Rolle zu spielen?

Sergej Lawrow: Washington möchte sein Monopol über alle Prozesse im Nahen Osten bewahren. Wir kennen viele Fälle, in denen diese Haltung zum Scheitern geführt hat. Die heutige Diskussion mit unseren Kollegen aus den arabischen Ländern am Persischen Golf hat uns in dieser Auffassung voll bestätigt.

Ultimaten, bei denen es heißt: „Nimm es oder lass es“, führen zu noch mehr Blutvergießen. Die Vereinigten Staaten haben mehrere Initiativen blockiert, die verschiedene Länder, darunter auch die Russische Föderation, dem UN-

Sicherheitsrat vorgelegt haben. Kürzlich haben die Vereinigten Staaten den Dreistufenplan von Joe Biden vorgelegt und eine entsprechende Resolution im Sicherheitsrat durchgesetzt, die von Israel jedoch völlig ignoriert wurde.

Jedes Mal, wenn internationale Vermittler (ich möchte insbesondere Katar und Ägypten erwähnen) versuchen, etwas Vernünftiges, einen Kompromiss, vorzuschlagen, scheinen die Parteien eine vorläufige Einigung zu erzielen, aber dann stellt die israelische Führung weitere Bedingungen. Das ist bedauerlich. Es ist eine Tragödie. Ein sofortiger Waffenstillstand ist notwendig. In der Zwischenzeit ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass das Problem auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass die Frage des palästinensischen Staates seit fast 80 Jahren ungelöst ist.

Was Russland betrifft, so haben wir nach dem 7. Oktober 2023 aktiv darauf gedrängt, dass der UN-Sicherheitsrat eine Entscheidung in dieser Angelegenheit trifft. Die Vereinigten Staaten haben alle diese Versuche blockiert und ihren eigenen Ansatz durchgesetzt, der bereits gescheitert ist. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten und die Europäische Union die vierseitige Gruppe internationaler Vermittler, das Nahost-Quartett, zu dem Russland, die Vereinigten Staaten, die EU und die UNO gehörten, zerstört haben. Die Vereinigten Staaten haben versucht, eigene Initiativen zu ergreifen, aber ohne Erfolg.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist Russland eines der wenigen Länder, das ausnahmslos mit allen Konfliktparteien zusammenarbeitet. Wir arbeiten mit allen palästinensischen Gruppen, mit Israel, dem Iran, anderen Ländern in der Region und mit allen jemenitischen Parteien zusammen. Die Krise in den palästinensischen Gebieten hat sich bereits an der libanesisch-israelischen Grenze, im Jemen und am Roten Meer niedergeschlagen. Sicherlich gibt es Parteien (und das spürt man auch), die einen größeren Krieg in der gesamten Region auslösen wollen. Wir müssen diesen Versuchen unnachgiebig entgegentreten.

Unter den Initiativen möchte ich die Schritte hervorheben, die wir lange vor den aktuellen Entwicklungen unternommen haben, um die Palästinenser bei der Wiederherstellung ihrer Einheit zu unterstützen und der HAMAS und der Fatah (vertreten durch den derzeitigen Präsidenten Palästinas Mahmoud Abbas) zu helfen, ihre Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Wir haben alle palästinensischen Gruppen mehrmals nach Moskau eingeladen, um ihnen zu erklären, dass die palästinensische Einheit nicht von Israel oder den Vereinigten Staaten abhängt, sondern allein von den Palästinensern. Ende Februar 2024 fand ein weiteres Treffen in Moskau statt, bei dem eine gemeinsame Erklärung abgegeben wurde. Zum ersten Mal haben sich alle palästinensischen Gruppen - Fatah, HAMAS und Islamischer Dschihad - darauf geeinigt, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem die Notwendigkeit einer Einigung auf der Grundlage der Prinzipien der Palästinensischen

Befreiungsorganisation bekräftigt wird. Das ist ein wichtiger Schritt, aber er bleibt auf dem Papier.

Frage: Russland hat dieses Jahr den rotierenden BRICS-Vorsitz inne. Sie haben gesagt, dass über 30 Länder bereit sind, dieser Vereinigung beizutreten. Wie weit sind die Vorbereitungen für das Gipfeltreffen im Oktober in Kasan gediehen? Wird die Gruppe erneut erweitert werden, wie es in diesem Jahr bereits geschehen ist? Wie haben die neuen BRICS-Länder, wie Saudi-Arabien, ihr Potenzial gestärkt? Westlichen Behauptungen zufolge hat es Riad nicht eilig, in der Gruppe mitzuarbeiten. Stimmt das? Wird Mohammed bin Salman, der Kronprinz und Premierminister von Saudi-Arabien, mit dem Sie soeben ausführliche Gespräche geführt haben, nach Kasan eingeladen werden?

Sergej Lawrow: Die BRICS befinden sich in einem Aufwärtstrend, und dieser Trend wird sich noch verstärken. Der russische BRICS-Vorsitz leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Unser Vorsitzprogramm umfasst Hunderte von Veranstaltungen in verschiedenen Bereichen der BRICS-Aktivitäten in der Außenpolitik, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Interaktion zwischen unseren Strafverfolgungsbehörden und vieles mehr. Für das kommende Gipfeltreffen wird ein umfangreiches Paket von Dokumenten vorbereitet.

Einer der Tagesordnungspunkte des Gipfeltreffens in Kasan betrifft den weiteren Ausbau der BRICS, der im Einklang mit den Anweisungen steht, die unsere Staatsoberhäupter auf dem Gipfeltreffen im letzten Jahr erteilt haben, um Kriterien für die Art und Weise zu entwickeln, wie wir mit unseren Partnerländern zusammenarbeiten. Diese Gruppe von Ländern wird den Status erhalten, der ihre maximale Beteiligung an allen BRICS-Veranstaltungen gewährleistet.

Was die neuen Teilnehmer angeht, so gab es eine ganze Reihe von Bewerbungen, aber Entscheidungen werden nur im Konsens innerhalb der Gruppe getroffen. Wir sind der Meinung, dass viele dieser Bewerbungen eine sorgfältige Prüfung verdienen. Wie ich bereits sagte, wird diese Frage von den Staatsoberhäuptern erörtert werden. Während der UN-Generalversammlung in New York wird ein BRICS-Ministertreffen stattfinden, um die von unseren Sherpas vorbereiteten Vorschläge zu diskutieren.

Saudi-Arabien wurde eingeladen, den BRICS zusammen mit vier anderen Ländern - Argentinien, Iran, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten - beizutreten. Ich weiß nicht, was der Westen in dieser Sache schreibt oder sagt. Im Juni 2024 fand ein Treffen der BRICS-Außenminister statt, an dem sich unser saudischer Kollege Faisal bin Farhan Al Saud aktiv an der Diskussion der entsprechenden Dokumente beteiligte. Kronprinz Mohammed bin Salman ist zu dem Gipfel eingeladen worden. Wir haben dies und auch die Vorbereitungen für den Gipfel bei unserem heutigen Treffen mit ihm besprochen. Ich bin sicher, dass der Gipfel erfolgreich sein wird.

Frage: Es wurde berichtet, dass die Vereinigten Staaten versucht haben, sich in die letzten Wahlen in Russland einzumischen. Können Sie sagen, wer versucht hat, die Willensbekundung unserer Bürger zu beeinflussen, und wie und zu welchem Zweck das geschehen ist? Wie hat unser Außenministerium darauf reagiert?

Sergej Lawrow: Ich habe von solchen Anschuldigungen nichts gehört. Soweit ich sehen kann, wurden sie erst gestern erhoben. Die Abgeordneten unserer Staatsduma haben sich bereits dazu geäußert.

Ich glaube, dass die Versuche, sich in alles einzumischen, ein Markenzeichen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens als ihres wichtigsten Verbündeten sind. In Russland scheitern diese Versuche immer, aber in anderen Ländern können sie wirksam sein. Eine ganze Reihe von Staatsstreichen wurde auf diese Weise organisiert.

Aber diese Methode hat eine gegenteilige Wirkung, wenn sie gegen Russland angewandt wird. Unsere Gesellschaft und unser Volk schließen ihre Reihen angesichts direkter Bedrohungen, einschließlich des Krieges, den die Vereinigten Staaten und ihre Vasallen durch das Naziregime in Kiew gegen uns geführt haben. Das Gleiche gilt für die Versuche, sich mit Hilfe moderner Technologien und anderer Mechanismen, die in den Vereinigten Staaten weit fortgeschritten sind, in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Wir wissen, wie man damit umgeht. Sie können immer noch nicht begreifen, dass ihre jahrelangen Versuche, die russische Gesellschaft aufzuwiegeln, immer scheitern, so wie es auch diesmal geschehen ist.

Frage: Die katarische Zeitung The New Arab schrieb neulich von der Überlegenheit des chinesischen Modells einer diplomatischen Lösung im Nahen Osten, weil die anderen Großmächte angeblich versagt haben. Akzeptieren Sie diese Einschätzung der diplomatischen Bemühungen der Vermittler?

Sergej Lawrow: Ich habe diesen Artikel nicht gelesen, aber ich weiß von der Initiative Chinas. Ich weiß insbesondere, dass China Vertreter der Hamas und der Fatah nach Peking eingeladen hat. Zwei oder drei solcher Treffen fanden im vergangenen Frühjahr statt. Diese Initiative hatte dasselbe Ziel wie unsere Bemühungen um die Wiederherstellung der Einheit des palästinensischen Volkes, die ich bereits erwähnt habe. Sie haben das gleiche Ziel. Das dort [in Peking] verabschiedete Dokument hat alles bekräftigt, was in Moskau über die Bereitschaft der palästinensischen Gruppen zur Wiederherstellung der Einheit auf der Grundlage der Prinzipien der Palästinensischen Befreiungsorganisation unterzeichnet wurde.

Wir tauschen uns regelmäßig mit unseren chinesischen Kollegen über den Nahen Osten und über praktisch alle anderen wichtigen außenpolitischen Fragen aus.

Foreign Minister Sergey Lavrov's statement and answers to media questions during a news conference following the 7th Russia-GCC Ministerial Meeting for Strategic Dialogue, Riyadh, September 9, 2024

22–28 Minuten

The 7th Russia-GCC Ministerial Meeting for Strategic Dialogue has just ended. Just like during the previous meeting, we had a candid, useful and result-oriented discussion. We reviewed the status of implementation of the 2023-2028 Joint Action Plan which was approved at the last meeting of the Strategic Dialogue in Moscow in July 2023.

We discussed prospects for Russia's cooperation with the countries of the region in the economy, investment, cultural ties and information exchanges. We focused specifically on the international situation, primarily, the situation in the Middle East, with a focus on the tragedy unfolding in the Palestinian territories, namely, the Gaza Strip and the West Bank of the Jordan River. We share a common stance on the importance of urgently putting an end to violence, settling humanitarian issues and starting serious practical work to implement UN resolutions on creating a Palestinian state that will coexist with Israel in peace and security.

We covered other regional issues, including the Syria settlement, the situation in Yemen, the Red Sea, Libya, and a number of other issues.

We underscored our appreciation for the balanced position adopted by all GCC countries on the Ukraine crisis. Many of them, including Saudi Arabia, are providing assistance in resolving humanitarian issues not only in the context of what is happening in Ukraine, but in a broader context as well. I'm referring to our relations with the United States and Europe and the recent exchange of prisoners which took place with the direct involvement of the Saudi leaders.

Today, we had a series of bilateral meetings with foreign ministers in Saudi Arabia, including our counterparts from India and Brazil, Secretary General of

the Cooperation Council for the Arab States of the Gulf Jasem Mohamed AlBudaiwi, and Secretary-General of the Organisation of Islamic Cooperation Hissein Taha.

At the end of the working day, our delegation was received by Crown Prince of the Kingdom of Saudi Arabia Mohammed bin Salman Al Saud, with whom we had an extended discussion covering all key areas of our joint work in pursuance of the agreements reached between the leaders of Saudi Arabia and the Russian Federation, including during the one-on-one meeting between President Vladimir Putin and King Salman bin Abdulaziz Al Saud and Crown Prince Mohammed bin Salman Al Saud on December 6, 2023, when our leader was here on a state visit.

In addition to the bilateral agenda, we discussed current international issues and reaffirmed our commitment to the objective process of forming a new multipolar world order without hegemons or dictators, where the key principle of the UN Charter - the sovereign equality of all states - will be respected.

Question: I would like to read out a note of acknowledgement from our chief, Margarita Simonyan: "On behalf of the entire RT staff, allow me to express appreciation to the Foreign Ministry of Russia and the General Consulates in New York and Dubai for their help in bringing back home our colleague, who was persecuted by the FBI."

Moscow has repeatedly said that there could be no question of talks [with Ukraine] after their joy ride in the Kursk Region. Has anything changed in recent days, given comments in this regard by Chancellor Olaf Scholz and Vladimir Zelensky?

Sergey Lavrov: With regard to the terrorist invasion to the Kursk Region by the Armed Forces of Ukraine and the continuing terrorist attacks on facilities in other border regions, including Belgorod, I would like to draw your attention to what President of Russia Vladimir Putin said at the Eastern Economic Forum on September 5, 2024, when he described the liberation of the Kursk Region and the entire territory of the Russian Federation, where Ukrainian neo-Nazis have gone on the rampage, as a sacred duty of the Russian Armed Forces.

As for various [peace] "initiatives," one of these that has been put forward by Vladimir Zelensky is well known and sets one's teeth on edge. It is an ultimatum pure and simple. The fact that the West sticks to it means just one thing: they do not want to make honest agreements and seek to have Russia come closer to a situation, where they will be able to declare that we have suffered a "strategic defeat" on the battlefield. They want to weaken their rivals. So, we have never taken the "Zelensky formula" seriously and only

marvelled that there are still people ready to buy it. Of course, this happens under the West's pressure.

The German Chancellor, Olaf Scholz, said it was high time to start talking. The German press and other media are hinting that the territorial issue will have to be solved based on the realities existing on the ground. But territories are neither here nor there. We just wanted the people, who are an inalienable part of the Russian world and the Russian culture, language, history, and religion, to be treated as human beings as required under international law, numerous conventions on human rights and minority rights, and primarily the UN Charter.

The numerous ideas floating around the "Zelensky formula" usually start with the words that it is necessary to stop military operations and obey international law, meaning steps to ensure Ukraine's territorial integrity.

International law is not only about this. Territorial integrity is guaranteed to states whose governments represent the entire population living in this or that territory. This is a resolution passed unanimously by the UN General Assembly. There is no need even to argue that the neo-Nazis in Kiev represented no one in eastern Ukraine, Novorossiya, and Crimea after the [2014] coup.

The main thing is that the UN Charter urges everyone to respect the rights of any person regardless of their race, sex, language, or religion. This is the root of the conflict in Ukraine. The rights of people adhering to Russian culture have been wiped out after the coup. Currently, the Russian language is outlawed in all spheres, including education, media, art, culture, and even everyday life. In addition, the Rada has approved a bill (and Zelensky signed it into law) that actually bans the Ukrainian Orthodox Church.

Let me stress that none of the initiatives, including those put forward out of best intentions by our good colleagues and partners, address the rights of Russian speakers in areas that Zelensky regards as his own.

Today, I discussed this topic with my counterparts from Brazil and India, because they display a certain concerned approach, one that we understand, to facilitating crisis resolution. I drew their attention to the fact that this was the key problem. People were branded as terrorists solely because they refused to accept the coup and obey the coup-makers, who declared right away that their goal was to wipe out all things Russian and banish Russians from Crimea, among other areas.

We are urging our colleagues to focus on this. We discuss this with our Chinese friends, too. No success will be achieved unless we get to the root of this problem. In this context, we appreciate the global security initiative announced by PRC President Xi Jinping, which says that it is necessary to start analysing

any conflict from its prime causes. This refers fully to the Ukraine crisis. The prime causes will go for good if they are laid bare and condemned.

Question: Media reports emerged a few months ago saying that Saudi Arabia could become a venue for a peace conference on Ukraine (an actual peace conference, whenever it takes place). Is Moscow considering this option? Has it been discussed today? You have mentioned statements by the Russian President. Do they imply that a ceasefire is currently “not on the agenda,” or any similar conferences are “not on the agenda” either?

Sergey Lavrov: You should understand that it is not about the meeting location and participants, but about issues to be discussed. Meeting to talk about calls for a ceasefire and then territorial exchanges simply doesn’t cut it. Once again, the problem is not about territories but people’s rights, which have been flouted – and all of the political initiatives floating around fail to mention them.

As soon as we see the determination to protect human rights, a policy that the West always boasts about when addressing any issue (except this particular one), I am confident we will easily agree on the location and time of the meeting. But first we need to understand what exactly we are going to discuss.

We are protecting people. Everyone who expresses interest, one way or another, in facilitating a settlement should be aware of it and to make it their core activity.

Question: As to the developments around the Palestinian-Israeli and Ukrainian conflicts, we hear more and more opinions regarding the failure of the existing system of international security. Do you see any options to create a new system? What should it be like? Could such structure as BRICS play a major role in it?

Sergey Lavrov: All the principles required for ensuring strong international security are documented in the UN Charter. But the problem is that it is not being implemented – and most particularly, by our Western colleagues, who have chosen to have a whip hand over all multilateral structures, making them their tools.

This is achieved mostly through the ‘privatisation’ of international secretariats. Just as they privatised the OSCE, they are now making attempts to do so with the UN Secretariat, and with certain success: NATO representatives have now taken all senior positions in the UN that are directly related to the organisation’s activities in peace, security, peacekeeping, information policy, and security of international structures around the globe.

They present information to UN bodies, Security Council, General Assembly and other structures in a biased manner beneficial to the West. On several occasions, we have officially stated that efforts should be taken to fundamentally revise the principles and criteria for the Secretariat formation, with major role played by fair geographical representation. So far, Western countries have been strongly opposed to this – which is unsurprising as they are doing it solely in pursue of their own selfish interests.

Amidst all of this, the United Nations remains the most comprehensive platform for countries to put forward initiatives, give assessment of certain events, and achieve a balance of interests, an organisation for them to achieve a balance of interests, according to its founders' initial idea. But the West is not willing to seek a balance of interests and resorts to various tricks in order to impose its unilateral approaches on the Secretariat, with abuse of influence.

In this situation, we are observing similar developments in the Bretton Woods Institutions, International Monetary Fund, World Bank, and the World Trade Organisation.

The US-led West is doing everything possible to prevent the real influence of the Global South and East on the global economy, trade, and logistics from being reflected in the voting patterns.

A reform to address this imbalance is long overdue, but it is yet to take place. The West is dismantling the system of globalisation it used to promote after the early 1990s, a system based on the principles of free market, fair competition, presumption of innocence, and much else. All these principles were quickly abandoned and weaponised. The dollar has also been weaponised to punish recalcitrants. Russia is one of the countries the US wants to contain by using these illegal methods. What we are witnessing right now is the process of de-globalisation.

Everyone is aware that any country can become the next target, if some official in Washington dislikes this or that aspect of its behaviour. There are already numerous examples of this. China, for instance, is being punished because technologically it is already ahead of the West and can produce more competitive goods than Western manufacturers. In response, 100-percent prohibitive tariffs and other measures are introduced.

In this context, regional integration processes are becoming increasingly important. For Russia, this implies Eurasian integration through the EAEU and SCO that maintain close cooperation with ASEAN.

At today's meeting with the Gulf Cooperation Council, we discussed this Eurasia-based organisation's promising potential for promoting the continent-

wide processes and contributing to what President Vladimir Putin referred to as the Greater Eurasian Partnership. This will provide the material basis for creating a security architecture open to all countries across the Eurasian continent but not forming part of the Euro-Atlantic equation imposed by the US within the framework of NATO and the OSCE. Now the European Union became part of the North Atlantic security model by signing an agreement with NATO in 2023 whereby it sealed its complete submission to the alliance.

We want the nations of the Eurasian continent – the largest, fastest-growing, and most resource-rich part of the world – to decide their fate on their own. President Vladimir Putin repeatedly said as much, emphasising that the door was not shut on the western part of Eurasia either. However, they must realise that their prospective engagement with other participants in the process in Eurasia should be equal and honest and devoid of forbidden tricks.

Similar processes take place in other regions around the world. The African Union is also seeking to promote its identity, planning for a future where Africa's vast resources are not exported for processing in the West and create value added in Africa itself.

In Latin America, particularly with the election of Brazilian President Luiz Inacio Lula da Silva, there is also a growing focus on integration and a renewed drive to reinforce regional identity, especially within the framework of CELAC.

All of that inevitably influences the global landscape/, as reflected primarily in the growing interest in BRICS, which has doubled its membership from five to ten countries. The organisation has received more than 30 applications for membership or special relations. This process is the main motive force shaping a multipolar international order.

I want to emphasise once again that we are not shutting the door on contacts with the West. This is what the UN is all about. But they ought to behave decently and refrain from using its rostrum for making accusations without end or false assertions. They should better look for a balance of interests.

A good example in this sense is the G20 that includes both the G7 and BRICS countries, along with their opinion allies. The Group is almost evenly split, with about ten members promoting a West-oriented "line" and the other ten sharing the BRICS philosophy.

I am citing this as an example because, despite the developments in Ukraine, the latest three G20 summits managed to reach consensus in their final documents, primarily on issues falling within the G20's purview, namely the economy, finance, trade, and global politics.

This was particularly evident at last year's G20 summit in New Delhi, where the all-embracing text on the situation in the world and global politics referred clearly to all conflicts without exception. Attempts to Ukrainianise the G20 agenda have fallen through.

The G20 has elaborated an approach demonstrating that even seemingly irreconcilable positions can, after all, be approximated. I think that other organisations, primarily UN agencies and the UN Security Council would do well to make use of this example.

Question: US media reported earlier that Egypt, Qatar and the United States plan to offer Israel and HAMAS a take-it-or-leave-it ceasefire agreement. It has been stated that, should the parties reject it, the US-led negotiations format may be shut down. What is your opinion of this approach by Washington? Would Russia be willing to offer its good offices as an intermediary between the warring parties? Or maybe Russia has already tried to play this role?

Sergey Lavrov: Washington wants to preserve its monopoly over any processes in the Middle East. We know many cases when this position has resulted in failure. Today's discussion with our colleagues from the Persian Gulf's Arab countries has fully confirmed us in this belief.

Take-it-or-leave-it ultimatums invite more bloodshed. The United States has blocked multiple initiatives that different countries have submitted to the UN Security Council, including the Russian Federation. Recently, the United States put forward Joe Biden's three-stage plan and pushed a corresponding resolution through the Security Council although Israel has fully ignored it.

Every time international mediators (I want to particularly note Qatar and Egypt) attempt to propose something reasonable, a compromise, the parties seem to achieve a preliminary agreement but then the Israeli leadership sets more conditions. This is deplorable. It is a tragedy. An immediate ceasefire is necessary. Meanwhile, it is important to remember that the problem stems from the fact that the Palestinian state issue has not been resolved for almost 80 years.

As for Russia, after October 7, 2023, we have been actively pushing for taking a decision on this matter within the UN Security Council. The United States has blocked all these attempts and imposed its own approach that has already failed. Not to mention the fact that the United States and the European Union have destroyed the quadrilateral group of international mediators, the Middle East Quartet, which included Russia, the United States, the EU and the UN. The United States has been trying to submit its own initiatives but to no avail.

At this stage, Russia is one of the few countries that is working with all the parties to this conflict without exception. We are working with all the Palestinian groups, with Israel, Iran, other countries in the region, and with all the Yemeni parties. The crisis on Palestinian territories has already backfired at the Lebanon-Israel border, in the Yemeni situation and in the Red Sea. Certainly, there are parties (and one can feel it) who wish to trigger a larger-scale war across the entire region. We must be unrelentless in our efforts to counter these attempts.

Among the initiatives, I want to note the steps we made long before the current developments, to assist Palestinians with restoring their unity and to help HAMAS and Fatah (represented by the current President of Palestine Mahmoud Abbas) to overcome their disagreements. We have invited all the Palestinian groups to Moscow several times, to explain that Palestinian unity does not depend on Israel or the United States but only on the Palestinians. There was yet another meeting in Moscow at the end of February 2024 where a joint statement was issued. For the first time, all the Palestinian groups – Fatah, HAMAS and Islamic Jihad – agree to sign a document stating the need to unite based on the principles of the Palestine Liberation Organisation. It is an important step, but it remains on paper.

Question: Russia is holding the rotating BRICS Chairmanship this year. You have said that over 30 countries are ready to join that association. What is the progress of preparations for its October summit in Kazan? Will the group be expanded again, as it has already happened this year? How have the new BRICS countries, like Saudi Arabia, strengthened its potential? According to Western allegations, Riyadh is in no hurry to start working in it. Is this true? Will Mohammed bin Salman, the Crown Prince and Prime Minister of Saudi Arabia with whom you have just now held substantive talks, be invited to Kazan?

Sergey Lavrov: BRICS is following an upward trajectory in its development, and this trend will only grow stronger. The Russian BRICS Chairmanship is greatly contributing to this. Our chairmanship programme includes hundreds of events in various spheres of BRICS activities in foreign policy, the economy, culture, education, interaction between our law enforcement agencies, and much more. A large package of documents will be prepared for the upcoming summit.

One of the items on the agenda of the Kazan summit has to do with the further expansion of BRICS, which is being done in keeping with the instructions our heads of state issued at the summit meeting last year for developing criteria governing the way we engage with our partner countries. This group of

countries will be assigned the status ensuring their maximum involvement in all BRICS events.

As for new participants, there have been quite a few applications, but decisions are only taken by consensus in the group. We believe that many of these applications deserve to be given careful consideration. As I have said, this issue will be discussed by the heads of state. A ministerial BRICS meeting will take place during the UN General Assembly in New York to discuss the preliminary proposals prepared by our Sherpas.

Regarding Saudi Arabia, it has been invited to join BRICS alongside other four countries – Argentina, Iran, Egypt and the United Arab Emirates. I do not know what the West is writing or speaking on this score. In June 2024, we held a meeting of BRICS foreign ministers where our Saudi colleague Faisal bin Farhan Al Saud actively contributed to the discussion of the relevant documents. Crown Prince Mohammed bin Salman has been invited to the summit. We discussed this and also preparations for the summit at our meeting with him today. I am sure that the summit will be successful.

Question: It has been reported that the United States attempted to interfere in the latest elections held in Russia. Can you say who tried to influence the expression of our citizens' will, and how and for what purpose they did that? How has our foreign ministry responded to that?

Sergey Lavrov: I have not heard about such allegations. As far as I can see, they only were made yesterday. Our State Duma MPs have already expressed their views on that score.

I believe that attempts at interfering in everything is a hallmark of the United States and Great Britain as its main ally. All these attempts invariably fail in Russia, but they might be effective in other countries. Quite a few government coups have been organised in this manner.

But this method has an opposite effect when applied against Russia. Our society and our people close their ranks in the face of direct threats, including the war which the United States and its vassals have launched against us through the Nazi regime in Kiev. The same goes for attempts to interfere in our internal affairs by means of modern technologies and other mechanisms, which have made much headway in the United States. We know how to deal with that. They still cannot puzzle out that their years-long attempts to stir Russian society always fail, just as this has happened this time too.

Question: The Qatari newspaper The New Arab wrote the other day about the superiority of the Chinese model of a diplomatic settlement in the Middle East

because the other great powers have allegedly failed. Do you accept this assessment of the intermediaries' diplomatic efforts?

Sergey Lavrov: I have not seen that article, but I am aware of China's initiative. In particular, I knew that it invited Hamas and Fatah representatives to Beijing. Two or three such meetings were held last spring. That initiative had the same goal as our efforts to restore the unity of the Palestinian people, which I have mentioned. They have the same goal. The document adopted there [in Beijing] has reaffirmed everything that was signed in Moscow regarding the Palestinian groups' readiness to restore unity based on the principles of the Palestine Liberation Organisation.

We regularly exchange views with our Chinese colleagues on the Middle East and on virtually all other important foreign policy issues.